

# Von der Kooperation zur Integration

## Jugendhilfe und Bildung unter einem Dach: die Zukunftsschule Mülheim-Eppinghofen

■ Gaby Grimm und Klaus Konietzka

*School and social professional activity got closer during the recent years. However, good will is not sufficient to develop the coexistence to an interlink. One example for an integrated approach is the »school of and for future in the quarter« (Zukunftsschule im Wohnquartier) in Mülheim-Eppinghofen.*

*L'école et l'intervention sociale se sont rapprochées ces dernières années. Malgré tout, la bonne volonté n'est pas suffisante pour faire passer de la coexistence à l'interrelation. Un exemple d'approche intégrée est le projet »L'école du futur et du quartier« (Zukunftsschule im Wohnquartier) à Mülheim-Eppinghofen.*

Dr. Gaby Grimm ist Leiterin »Innovative Projekte« bei der HOCHTIEF Construction AG. Klaus Konietzka ist Leiter des Sozialamtes der Stadt Mülheim an der Ruhr.  
E-Mail Gaby.Grimm@hochtief.de

*Schule und Soziale Arbeit sind sich in den letzten Jahren näher gekommen. Doch guter Wille allein reicht nicht aus, das Nebeneinander zu einem Miteinander zu machen. Ein Beispiel für ein integratives Konzept ist die »Zukunftsschule im Wohnquartier« in Mülheim-Eppinghofen.*

Wenn wir die Schnittstelle Jugendhilfe zu den Institutionen der Bildung betrachten und hier insbesondere den schulischen Bereich in den Fokus nehmen, blicken wir auf eine Vielzahl von Publikationen (vgl. u. a. Holtappels 2003; Hartnuß/Maykus 2004; Otto/Coelen 2005; Deinet/Icking 2006). Speziell das Investitionsprogramm des Bundes »Zukunft Bildung und Betreuung« hat seit 2003 dazu beigetragen, dass die Chancen, aber auch Grenzen der Kooperation zwischen den beiden unterschiedlichen Systemen Schule und Jugendhilfe analysiert wurden. In diesem Beitrag beschäftigen wir uns mit den Schnittstellen zwischen den Sozialen Diensten und der Kinder- und Jugendarbeit zu vorschulischen und schulischen Einrichtungen.

Auf bundesdeutscher Ebene finden seit Ende der 1990er Jahre Bemühungen zur Verbesserung der Kooperation von Schule und Jugendhilfe statt. Die Grundlagen dieser Zusammenarbeit sind sowohl im SGB VIII als auch in den schulgesetzlichen Ausführungsregelungen verankert (vgl. Teuber 2004; Hartnuß/Maykus 2004). In einer Analyse vorliegender Forschungsergebnisse zur Umsetzung länderspezifischer Vorgaben resümiert Olk (2004, S. 86) »eher ernüchternd«, dass die ministeriellen Vorgaben zwar die Grundlage der Kooperation beider Systeme schaffen, jedoch keine praktische Umsetzung gewährleisten.

Im Vordergrund der wissenschaftlichen Untersuchungen steht die Entwicklung der Ganztagschule (1) in Deutschland (vgl. Hartnuß/Maykus 2004). Mit dem Ganztagsangeboten sollen Schulen zu »Lebensräumen« entwickelt werden.

Und auch den u. a. in den PISA-Studien (Program for International Student Assessment) analysierten Defiziten (u. a. in der Lesekompetenz und bei den mathematischen Fähigkeiten) soll speziell mit Blick auf den Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erfolgreichem Bildungsweg effektiver begegnet werden. Noch prägt in der Ganztagschule die traditionelle Differenzierung von Schule als Lernort und Jugendhilfeeinrichtung (wie etwa Hort oder Jugendzentrum) als Betreuungsort vielfach die Organisation des Tages im offenen Ganztage; am Vormittag Unterricht und am Nachmittag für Teile der Schülerschaft Hausaufgabenbetreuung und Freizeitangebote durch außerschulische Träger (vgl. Beher et al. 2007; Deinet/Icking 2006). (2)

Die Unkenntnis über institutionelle Strukturen und Verfahren, gesetzliche Grundlagen und inhaltliche Konzepte führen bei den einzelnen Systemen häufig zu Erwartungen, die die Handlungsmöglichkeiten des Gegenübers oftmals übersteigen. Nicht die Qualifizierung der beteiligten Professionen etwa zur schulbezogenen Jugendhilfe, die Veränderung des Rollenverständnisses der Schulsozialarbeit oder die bloße Forderung nach einer stärkeren Verzahnung von Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung reichen aus, um hierarchische Modelle der Zusammenarbeit (3) abzulösen und mehr als nur additive Kooperationsmodelle zu entwickeln (vgl. Otto/Coelen 2005; Hartnuß/Maykus 2004). Noch dominieren in den Systemen Schule und Jugendhilfe die je spezifischen Unterstützungsmaßnahmen: die schulischen Förderpläne auf der einen Seite, die Hilfepläne nach § 36 KJHG im Bereich der Jugendhilfe auf der anderen Seite. Beide Systeme greifen viel zu selten auf die fachlichen Kompetenzen des jeweils anderen Partners zurück (vgl. Grimm 2006; Kalter/Schrappner 2006; Budde et al. 2006). (4)

Die Schnittstelle zwischen Kindertageseinrichtungen und Schule bleibt in der

Debatte der »Kooperation Schule – Jugendhilfe« weitgehend unberücksichtigt und wird unter dem Schlagwort »Übergänge gestalten« geführt. (5) Im Vergleich zu den hier bereits bestehenden Bemühungen ist »der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe 1 (...) geradezu pädagogisches Niemandsland« (Eibeck/Hecke 2006, S. 175).

### Schnittstellen der Jugendhilfe: Kita und Soziale Dienste

Grundlegendes Ziel niederschwelliger Beratung und Unterstützung ist es, risikante Entwicklungen von Kindern, Jugendlichen und Familien bereits im Vorfeld von Zusammenbruchssituationen zu erkennen und zu bearbeiten und somit einer Verfestigung vorhandener Problemlagen entgegenzuwirken. Dabei spielen Kooperation und Vernetzung insbesondere zwischen den Sozialen Diensten und der Kindertagesstätte eine wesentliche Rolle (vgl. u. a. Kalter/Schrapper 2006).

Um Familien zu stärken, hängt es im Wesentlichen davon ab, ob Leistungsangebote der Jugendhilfe zur Verfügung stehen, die in der Lebenswelt der Familien Entlastung und Unterstützung bieten. Kindertagesstätten bieten sich diesbezüglich als Orte an, da sie im Sozialraum von Kindern und Familien häufig die erste öffentliche Institution sind, zu der Kontakt

besteht. Damit haben die Fachkräfte die Chance, akute Problemlagen wahrzunehmen, Eltern Beratung und Unterstützung anzubieten oder weitere Angebote etwa der Jugendhilfe zu vermitteln. Soziale Dienste und Kindertagesstätten sind Teil einer kinder-, jugend- und familienpolitischen Infrastruktur im Stadtteil und können durch abgestimmte Verfahren passgenaue Hilfesettings entwickeln.

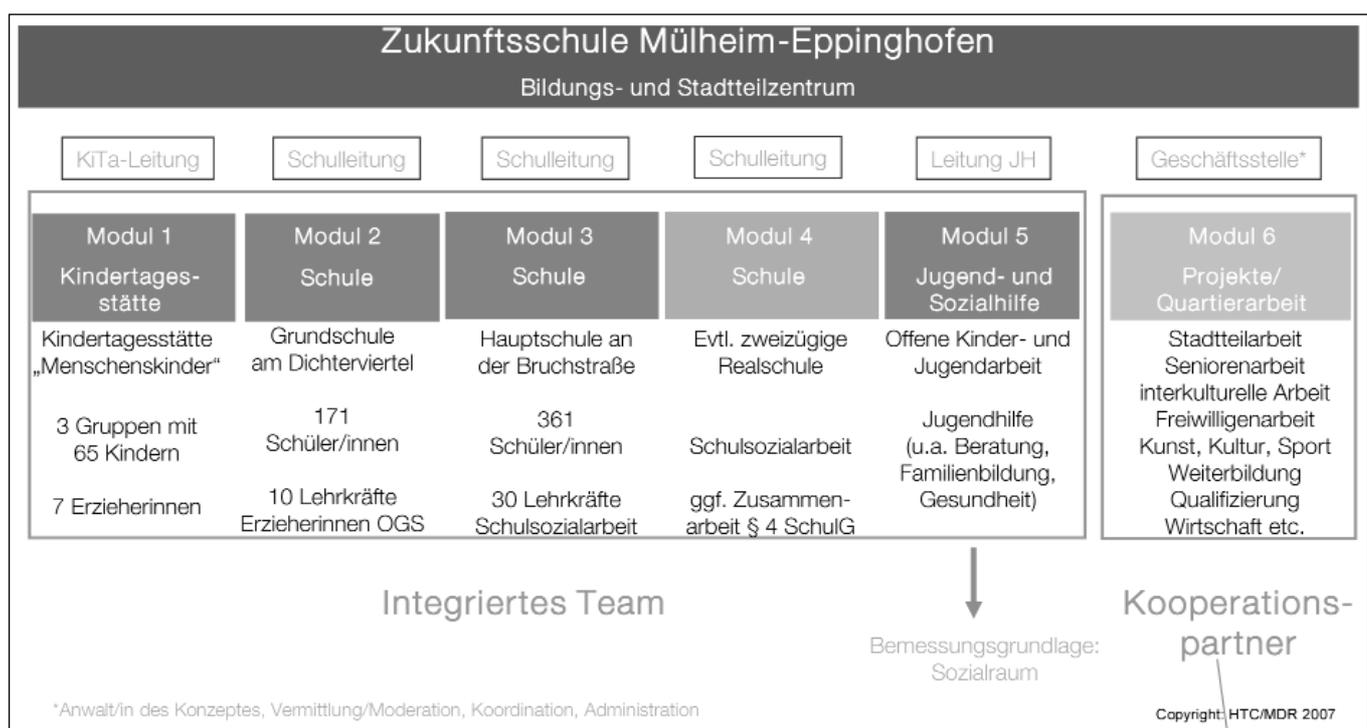
Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zur Gestaltung der Schnittstelle »Jugendhilfe und Bildung« zeigen, dass es eines konsequenten integrierten Handelns der Fachkräfte vor allem aus dem Bereich der Sozialen Dienste, der Kinder- und Jugendarbeit, der Kindertageseinrichtungen und der Schulen bedarf, um wohnortnahe Unterstützungsstrukturen zu schaffen, die die lebensweltlichen Zusammenhänge von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien stärken (vgl. Avenarius et al. 2005; Deuschendorf et al. 2006; Deinet/Icking 2006).

Ein Beispiel für ein Konzept, das einen Paradigmenwechsel von der Kooperation hin zur Integration zwischen Schule und Jugendhilfe vollzieht ist die »Zukunftsschule im Wohnquartier« (vgl. Grimm 2006; auch <http://www.zukunftsschulen.de>). Zukunftsschulen verknüpfen verschiedene Bildungs- und Jugendhilfe-Einrichtungen in einer integrierten Organisationsform im Sozialraum.

In einem bundesweit ersten Modellprojekt wird seit 2006 in Mülheim an der

Ruhr gemeinsam mit Praktikern und Entscheidungsträgern der Stadt ein lokalspezifisches Konzept im Sinne eines »konsistenten Gesamtsystems« (AGJ 2006, S. 4) (6) entwickelt. In einem regelmäßig tagenden Fachkräftearbeitskreis haben die Leitungskräfte und Mitarbeiterschaft der beteiligten Institutionen grundlegende konzeptionelle Rahmenbedingungen für ein integriertes Organisationsmodell mit integrierter Ressourcenverantwortung (7) erarbeitet, gemeinsame Ziele definiert und bereits in der Konzeptionsphase eine Zusammenarbeit »auf gleicher Augenhöhe« realisiert (Grimm/Konietzka 2006).

Der Kooperations- und Entwicklungsprozess orientiert sich an zentralen Parametern des Fachkonzepts Sozialraumorientierung (vgl. Budde et al. 2006). Unter Beibehaltung der fachlichen Identitäten werden pädagogische Handlungsfelder und Professionen in dem integrierten Team zusammengefasst: Grundschule und weiterführende Schule (Lehrkräfte, Erzieherinnen und Erzieher, Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter), Kindertagesstätte (Erzieher und Erzieherinnen), Kommunaler Sozialer Dienst mit den Hilfen zur Erziehung (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter) und die Kinder- und Jugendarbeit (Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter). Zu den benannten Institutionen, die im integrierten Team zusammengefasst werden, kommt ein weiteres Modul: eine Geschäftsstelle



für die Koordination unterschiedlicher stadtteilbezogener Projekte und Aktivitäten. Die Fachkraft ist Anwältin des Konzeptes, moderiert gegebenenfalls die Leitungsgremien und vermittelt in konflikthaften Situationen (ausführlich Grimm/Konietzka 2006).

Mit der Zukunftsschule wird der eingeschlagene Weg der Kooperation in Mülheim-Eppinghofen konsequent weiterverfolgt und durch die Entwicklung einer integrierten Personal- und Organisationsstruktur verbindlicher und effektiver gestaltet. Die Beteiligung aller Fachkräfte bereits in der Planungsphase schafft den Raum, auch konflikthafte Themen frühzeitig aufzugreifen, gemeinsam getragene Lösungswege zu entwickeln und zunehmend an der Veränderung einer Haltung zu arbeiten, die eine Zusammenführung verschiedener Professionen in einer Institution als Chance zur Etablierung einer lebensweltorientierten Handlungspraxis begreift. (8)

Am Ende steht ein bürgerorientiertes, effektives und effizientes Leistungsangebot, das unter Einsatz der zur Verfügung stehenden Ressourcen die kommunale soziale Infrastruktur sichert und verbessert. Die Leistungen werden nach den Grundsätzen von Ganzheitlichkeit, Selbsthilfe, Partizipation sowie Flexibilität erbracht. Damit wird die Sozialraumorientierung zum Organisations- und Arbeitsprinzip erhoben und sie bildet eine wesentliche Voraussetzung für ein integratives, vernetztes Leistungsangebot multiprofessioneller Teams (Konietzka 2004). Diese Neuorganisation gegenseitig transparenter, kooperativer Dienstleistungen wird auch als »Hilfe unter einem Dach« beschrieben, die allerdings über eine rein additive Zusammenführung verschiedener Hilfen hinausgeht (Thiersch 1998, S. 30). Eine integrierte Teamentwicklung im Rahmen der Zukunftsschule Mülheim-Eppinghofen zielt auf die Erweiterung von Handlungsspielräumen und -möglichkeiten ab, mit denen sich, unter Berücksichtigung aller Problemlagen und Ressourcen, wirksamerer Unterstützungsarrangements als bisher entwickeln lassen.

## Resümee

Die Infrastruktur muss den Rhythmen der Lebensläufe von Familien angepasst

werden. Darauf weist auch der Siebte Familienbericht der Bundesregierung hin. Gelingen kann das nur, »wenn auch die Kooperation und Integration von professionellen, freiwilligen und familialen Unterstützungsleistungen neu bestimmt werden« (BMFSFJ 2007, S. XXV).

Die Entwicklung solcher integrierter Organisationsformen zwischen kommunalen Fachabteilungen, Bildungs-, Erziehungs- und Betreuungsinstitutionen zielt somit nicht nur auf eine Verbesserung von Bildung und Erziehung hin, sondern auf eine nachhaltige Familienpolitik, mit der auf die Herausforderungen unserer Gesellschaft reagiert wird.

## *»Schulische Förderpläne entstehen oft ohne die Jugendhilfe, Hilfepläne ohne die Schule«*

### Anmerkungen

- (1) Die Umsetzung des Bundesinvestitionsprogramms »Zukunft Bildung und Betreuung« wird von den Ländern eigenständig geregelt: in Bremen, Hamburg, Niedersachsen, Saarland, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt können alle Schulformen im Ganztagsbetrieb organisiert werden, in Nordrhein-Westfalen sind dies vor allem Grundschulen und seit dem aktuellen Schuljahr auch wenige Hauptschulen, in Sachsen, Mecklenburg-Vorpommern (hier auch Gesamtschulen) und Bayern (hier auch Ganztags im achtjährigen gymnasialen Zweig) ist von der 5. bis zur 10. Klasse der Ganztagsbetrieb möglich, in Schleswig-Holstein, Berlin, Brandenburg, Hessen und Baden-Württemberg konzentriert sich der Ganztagsbetrieb auf die Primarstufe und die Sekundarstufe I und in Thüringen wird der Ganztagsbetrieb an Grundschulen mit Horten und weiterführenden Schulen umgesetzt. Unterschieden wird zwischen der gebunden und der offenen Form des schulischen Ganztages.
- (2) Ein integriertes Modell mit einer konsequenten Verzahnung von Unterrichts-, Betreuungs- und Freizeitphasen und damit eine veränderte Rhyth-

misierung des Schulalltags ist noch selten und nur im verbindlichen Ganztagsbetrieb möglich. Gute Beispiele finden sich unter den deutschen »Treibhäusern der Zukunft« (siehe <http://www.reinhardkahl.de>).

- (3) Zurzeit sind vor allem Inkorporierungsstrategien des Schulsystems zu beobachten (vgl. Hartnuß/Maykus 2004).
- (4) Weder werden in der Regel sozialpädagogische Fachkräfte in das Verfahren zur Feststellung des sonderpädagogischen Förderbedarfs (VO-SF) einbezogen, noch sind Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Regeleinrichtun-

gen (wie etwa Kindertageseinrichtungen, Jugendzentren, Schulen) in die Fachgespräche zur Ermittlung geeigneter Unterstützungsmaßnahmen im Rahmen des Hilfeplanverfahrens involviert.

- (5) Auch die Kindertageseinrichtungen sollen verstärkt ihrem Bildungsauftrag nachkommen und Übergänge zum Primarbereich systematisch gestalten. So hat beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen unter dem Motto »Fundamente stärken und erfolgreich starten« mit den Spitzenverbänden der öffentlichen und freien Wohlfahrtspflege die »Bildungsvereinbarung NRW« abgeschlossen. Durch diese Vereinbarung sind erstmals Rahmeninhalte zur Förderung des kontinuierlichen Bildungsprozesses der Kinder und für den gleitenden Übergang vom Kindergarten in die Grundschule geschaffen worden. Ähnliche Initiativen existieren auch in anderen Bundesländern (vgl. <http://www.zukunftsschulen.de>).
- (6) Empfehlung der Jugendministerkonferenz vom 18./19.5.2000.
- (7) »Solange wir nicht integrierte Finanzierungsstränge für die Unterstützung des Alltags in benachteiligten sozialen Räumen schaffen, werden Schule und Jugendhilfe auch bei intensiver Ko-

## Literatur

AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe) (Hg.): Handlungsempfehlungen zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Berlin 2006.

Avenarius, Hermann/Ditton, Hartmut/Döbert, Hans/Klemm, Klaus/Klieme, Ekhard/Rürup, Matthias/Tenorth, Heinz-Elmar/Weishaupt, Horst/Weiß, Manfred: Bildungsbericht für Deutschland: Erste Befunde (Zusammenfassung), Federführung: Deutsches Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF), Frankfurt am Main/Berlin 2003.

Behr, Karin/Haenisch, Hans/Hermens, Claudia/Nordt, Gabriele/Prein, Gerald/Schulz, Uwe: Offene Ganztagschule im Primarbereich: Das Echo von Fach- und Lehrkräften, Eltern und Kindern! Neue Ergebnisse der wissenschaftlichen Begleitforschung, in: *inform* 01/07, S. 3–8.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (Hg.): 12. Kinder und Jugendbericht. Bericht über die Lebenssituation junger Menschen und Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland. Bildung, Betreuung, und Erziehung vor und neben der Schule, Berlin 2005.

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend): Familie zwischen Flexibilität und Verlässlichkeit. Perspektiven für eine lebenslaufbezogene Familienpolitik. Siebter Familienbericht, Berlin 2007.

Budde, Wolfgang/Früchtel, Frank/Hinte, Wolfgang (Hg.): Sozialraumorientierung. Wege zu einer veränderten Praxis, Wiesbaden 2006.

Deinet, Ulrich/Icking, Maria (Hg.): Jugendhilfe und Schule. Analysen und Konzepte für die kommunale Kooperation, Opladen 2006.

Deutschendorf, Rene/Hamberger, Matthias/Koch, Josef/Peters, Friedhelm: Werkstattbuch INTEGRA. Grundlagen, Anregungen und Arbeitsmaterialien für integrierte, flexible und sozialräumlich ausgerichtete Erziehungshilfen, Weinheim/München 2006.

Eibeck, Bernhard/Hecke, Ludwig: Der Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe 1, in: AGJ (Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe) (Hg.): Handlungsempfehlungen zur Kooperation von Jugendhilfe und Schule, Berlin 2006, S. 175 f.

Grimm, Gaby (Hg.): Zukunftsschulen. Das Werkbuch Zukunftsschulen im Wohnquartier, Essen 2006.

Grimm, Gaby/Konietzka, Thomas: Zukunftsschule im Wohnquartier am Standort Mülheim-Eppinghofen. Die Machbarkeitsstudie, hg. von der HOCHTIEF Construction AG und der Stadt Mülheim an der Ruhr, Essen/Mülheim 2006.

Hartnuß, Birger/Maykus, Stephan (Hg.): Handbuch Kooperation von Jugendhilfe und Schule. Ein Leitfaden für Praxisreflexionen, theoretische Verortungen und Forschungsfragen, Berlin 2004.

Hinte, Wolfgang: Integrierte Bildungsarbeit bedarf abgestimmter Finanzierungen, in: *SOZIALwirtschaft*, 03/2004, Jg. 14, S. 7 f.

Kalter, Birgit/Schrappner, Christian (Hg.): Was leistet Sozialraumorientierung. Konzepte und Effekte wirksamer Kinder- und Jugendhilfe, Weinheim/München 2006.

Konietzka, Klaus: Auf dem Weg zu einem neuen Ansatz. Sozialagentur in Mülheim an der Ruhr, 76. Deutscher Fürsorgetag, Dokumentation, Deutscher Verein 2004, S. 68–71.

Otto, Hans-Uwe/Coelen, Thomas (Hg.): Ganztägige Bildungssysteme. Innovation durch Vergleich, Münster/New York/München/Berlin 2005.

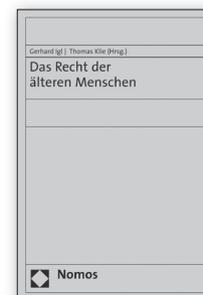
Teuber, Reinhard: Gesetzliche Grundlagen der Kooperation zwischen allgemein bildender Schulen mit anderen Einrichtungen und Personen, Gutachten erstellt für das Deutsche Jugendinstitut e. V., München 2004.

Thiersch, Hans: Notizen zum Zusammenhang von Lebenswelt, Flexibilität und flexiblen Hilfen, in Peters, Friedhelm/Trede, Wolfgang/Winkler, Michael (Hg.): Integrierte Erziehungshilfen, Frankfurt am Main 1998, S. 24–35.

operation chancenlos den Verhältnissen hinterher laufen.« (Hinte 2004, S. 8)

- (8) Die Entwicklung einer professionellen Haltung, die sich löst von den institutionellen Rahmenbedingungen der »alten« Institutionen wurde beispielsweise im Rahmen eines Workshops mit allen Leitungs- und Fachkräften der Zukunftsschule Mülheim-Eppinghofen am 19.4.2007 als eine zentrale Lernaufgabe definiert. ♦

## Das neue Standardwerk



### Das Recht der älteren Menschen

Herausgegeben von Prof. Dr. Gerhard Igl, Universität Kiel und Prof. Dr. Thomas Klie, Ev. Fachhochschule Freiburg  
2007, 265 S., brosch., 34,- €, ISBN 978-3-8329-2239-9

Die Zahl älterer Menschen wächst überall in Europa. Das Buch verdeutlicht, wie sich der demografische Wandel auf das Recht auswirkt. Namhafte Autoren zeigen die vielfältigen Fragestellungen auf, die ältere Menschen betreffen und die Rechtswissenschaft herausfordern. Das Werk richtet sich vor allem an Rechtsanwälte, Beratungsinstitutionen im Sozial- und Gesundheitswesen, Verbraucherschutzverbände sowie Einrichtungen und Dienste für ältere Menschen.

 **Nomos**